

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/224

23. November 1976

Ein demokratischer Sozialist für Europa

Der Britte Roy Jenkins bereitet seinen Vorsitz in der EG-Kommission vor

Von Horst Seefeld MdB  
Obmann der Arbeitsgruppe Europäisches Parlament der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 1 / 43 Zeilen

Wir und die Dritte Welt

15 Jahre Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Von Dr. Uwe Holtz MdB  
Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftlichen Zusammenarbeit des Bundestages

Seite 2 und 3 / 53 Zeilen

Die Sportförderung muß konzentriert werden

Zur Zeit befassen sich zehn Ministerien mit dieser Aufgabe

Von Manfred Wende MdB  
Mitglied des Sportausschusses des Bundestages

Seite 4 und 5 / 47 Zeilen

Ein Bären dienst für die Alten

Negativfolgen der CDU/CSU-Ablehnung der Wehrpflichtgesetzänderung

Von Günter Zabel MdL  
Sozialpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion in Hessen

Seite 6 / 42 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Strauß im CSU-Urteil: "Schäbig und perfide"

Seite 7 und 8 / 50 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12  
Postfach: 120 403  
Pressesaal 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 21 90 33/39  
Telex: 06 86 846-43 ppbr d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 37 66 11  
5300 Bonn-Bad Godesberg

### Ein demokratischer Sozialist für Europa

---

Der Brite Roy Jenkins bereitet seinen Voreitz in der EG-Kommission vor

Von Horst Seefeld MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Europäisches Parlament der SPD-Bundestagsfraktion

In diesen Wochen legt ein Politiker letzte Hand an die Übernahme eines Amtes, in dessen Träger die Völker der Europäischen Gemeinschaft immer wieder große Erwartungen, ja Hoffnungen für das europäische Einigungswerk gesetzt haben. Roy Jenkins, bisher Innenminister und einer der bedeutendsten Staatsmänner, die Großbritannien zur Zeit "zu vergeben" hat, bereitet in wiederholten Gesprächen mit den Regierungschefs und Außenministern der Mitgliedsstaaten seinen Antritt als Präsident der EG-Kommission vor.

Nachdem die Führung der EG-Kommission bis auf eine ganz kurze Zeit stets in den Händen eher konservativ eingefärbter Präsidenten gelegen hat, wird ein führender demokratischer Sozialist, der weit über sein eigenes Land und seine eigene Partei hinaus hohes Ansehen genießt, am ehesten in der Lage sein, mit einer umfassenden europapolitischen Konzeption und politischem Mut das Wirken der Kommission im Bewußtsein der Völker mit wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt zu verbinden.

Das Gewicht der Kommission kann bedeutend sein: mit einem Jahreshaushalt von nahezu zehn Milliarden Dollar, nicht einbegriffen die zahlreichen, viele Millionen Dollar betragenden Gemeinschafts-Anleihen, nach außen hin mit ihrer Verantwortung in der Entwicklung langfristiger Verhandlungsstrategien gegenüber dem GATT, gegenüber der CECD, in UNO und UNCTAD sowie im sogenannten Nord-Süd-Dialog, nach innen in der Agrarpolitik, in die jetzt schon Zweidrittel der Gemeinschaftsmittel fließen, in Mitbestimmungsfragen, Verbraucher- oder Sozialpolitik - um nur einige Schwerpunkte zu nennen. Das Gewicht der Kommission ist entscheidend auch für die Fortentwicklung des institutionellen Gefüges der Gemeinschaft, ist es doch weitgehend ausschlaggebend für die Rolle, die das Europäische Parlament gegenüber nationalen und supranationalen Bürokratien entfalten kann.

Die Probleme, denen sich der neue EG-Präsident gegenüber sieht, werden beeinflußt werden vom fortwährenden Inflationsdruck auf die industrialisierten Länder Europas, von den noch ungebrochenen Beschäftigungs- und Haushaltschwierigkeiten in der Mehrzahl der EG-Mitgliedsstaaten. Obwohl in dieser Situation viele Integrationsfeindliche Kräfte wiedererwachen, hat das wirtschaftliche Zusammenwachsen der Gemeinschaft heute einen Stand erreicht, in dem es auch den wirtschaftlich Gesunden nicht gleichgültig sein kann, was in ihren Nachbarstaaten geschieht. Dieser Amtsantritt eines Präsidenten als Großbritannien wird schließlich mit der ersten britischen Ratspräsidentschaft zusammenfallen.

Roy Jenkins trifft bei uns auf eine breite Basis von Vertrauen. Seine Person ist verknüpft mit unbeugsamem Eintreten für das europäische Einigungswerk und für eine aktive Rolle Großbritanniens in Europa, mit dem "Ja" des britischen Volkes im EG-Referendum von 1975. Im Europäischen Parlament wird er bei seinem Bemühen, der Kommission und der Europäischen Gemeinschaft Achtung und politisches Vertrauen bei den Vätern zu gewinnen auf die Unterstützung der deutschen Sozialdemokraten zählen können.

(-/23.11.1976/va/pr/ee)

+ + +

## Wir und die Dritte Welt

---

15 Jahre Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Von seinem Anfang, nämlich der Koordinierung der Entwicklungspolitik des Bundes, hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) einen weiten Weg zu seiner heutigen Rolle bei der Gestaltung unserer Politik gegenüber der Dritten Welt zurückgelegt. Die wichtigsten Zuständigkeiten, nämlich für Kapitalhilfe und Technische Hilfe, lagen beim Bundesministerium für Wirtschaft und dem Auswärtigen Amt. Der Vorsitzende der Interministeriellen Referentenausschüsse, dem Koordinierungsorgan für die Entwicklungspolitik in beiden Bereichen, wurde ebenfalls nicht vom BMZ gestellt. Die einzelnen Projekte wurden vom jeweiligen Fachministerium erarbeitet: Die Agrarhilfe oblag dem Landwirtschaftsministerium, der Straßenbau dem Verkehrsministerium und die Sozialstrukturhilfe dem Arbeitsministerium. 1963 befaßten sich in 16 Ministerien 231 Referate mit Fragen der Entwicklungspolitik, die damals mit etwa 750 Millionen DM finanziert wurde. 1964 wurde das BMZ zuständig für die Konzeption der Entwicklungspolitik. Die Technische Hilfe wird seitdem ebenfalls von hieraus abgewickelt.

Aber erst unter Dr. Erhard Eppler wurden im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit alle Instrumente der Entwicklungspolitik in einer Hand vereinigt. Der umfangreichste Bereich der Entwicklungspolitik, die Kapitalhilfe, ist seitdem ebenfalls Aufgabe des BMZ. Die multilaterale Entwicklungspolitik und die Zusammenarbeit mit den auf diesem Bereich tätigen internationalen Organisationen sind Teil der Pflichten, die das BMZ übernommen hat. Erst jetzt konnte eine einheitliche entwicklungspolitische Konzeption erarbeitet werden, die heute in aller Welt großen Anklang findet und bis heute in ihren Grundsätzen fortbesteht.

Die Entwicklungspolitik war immer, wie es in der entwicklungspoli-

tlischen Konzeption der Bundesregierung heißt, integraler Bestandteil des Geflechtes unserer Beziehungen nach außen. Die weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Ereignisse der letzten Jahre haben dazu geführt, daß die Politik gegenüber den Entwicklungsländern immer mehr Gewicht gewann; die großen internationalen Konferenzen der letzten Jahre über eine Neuordnung der Internationalen Wirtschaftsordnung wurden unter Mitwirkung des BMZ geführt.

Heute weiß jeder, daß unsere Beziehungen zur Dritten Welt aus zwei Gründen notwendig sind. Sie müssen erstens unsere Friedenspolitik vervollständigen; neben die Verabreichung mit dem Westen und den Ausgleich mit dem Osten muß nun das Bemühen um die wirtschaftliche und soziale Emanzipation des Südens treten. Zweitens können wir ohne eine gerechtere Zusammenarbeit mit der Dritten Welt unseren Wohlstand und unser soziales Netz nicht auf Dauer sichern.

In letzter Zeit konnte trotz einiger positiver Ansätze der Eindruck entstehen, als ob es die Bundesrepublik Deutschland nicht ernst genug meinte mit einem fairen Ausgleich der Interessen zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern. Um diese Ernsthaftigkeit zu untermauern, ist sowohl eine Aufstockung der finanziellen Mittel nötig als auch ein wesentlicherer konzeptioneller und praktischer Beitrag zum Kampf um eine gerechtere internationale Wirtschaftsordnung. Dazu braucht man großes Verständnis für die nur zum Teil auf interne Faktoren der Entwicklungsländer zurückführende Not in der Dritten Welt und das solide Wissen um die Komplexität der Probleme, die den Fortschritt dieser Region hemmen. Im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit sind die Instrumente da. Es geht darum, sie gut zu nutzen. (-/23.11.1976/va/pr/ee)

+ + +

Die Sportförderung muß konzentriert werden

Zur Zeit befassen sich zehn Ministerien mit dieser Aufgabe

Von Manfred Wende MdB

Mitglied des Sportausschusses des Bundestages

Am 30. Januar 1976 hatte das Plenum des Deutschen Bundestages im Anschluß an eine Sportdebatte folgenden einstimmigen Beschluß gefaßt: "Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Geschäftsverteilung für die Sportförderung mit dem Ziel einer Rationalisierung und verbesserten sportpolitischen Wirksamkeit zu überprüfen". Hinter diesem Petition, das von allen Parteien des Bundestages getragen wird, steht das Unbehagen über die allzu breite Aufwässerung der Sportförderungszuständigkeit innerhalb der Bundesregierung.

Allein zehn Ministerien befassen sich mit Sportsüventionierung, und für zwei weitere - den Bundesminister der Finanzen und den Bundesminister der Justiz - ist der Sport auch Gegenstand gesetzgeberischer Initiativen.

Der Bundesminister des Innern konzentriert seine Bemühungen auf den Leistungssport, der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit fördert den Jugendsport und den Sport für Älteren Menschen, der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft tritt für die Kooperation von Schule und Vereine auf der Grundlage des Bildungsgesamtplanes ein. Wichtige Zuständigkeiten haben darüber hinaus der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen für den innerdeutschen Sportverkehr und die Ausstattung des Zonenrandgebietes mit Sportstätten, der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung für die Förderung der Versehrten Sportgemeinschaften und des Betriebssports, das Auswärtige Amt und der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit für den Sport in den Entwicklungsländern, der

Bundesminister für Verkehr und der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen für den Sport innerhalb ihres Dienstbereichs und schließlich der Bundesminister der Verteidigung für den Sport in der Bundeswehr.

Zehn Ressorts - zehn Verwaltungszuständigkeiten für Sportaktivitäten, die sich nicht einmal in den dargestellten Kompetenzen erschöpfen und zudem - wie etwa beim Sport als Mittel der Rehabilitation und in der sportwissenschaftlichen Forschung - zahlreiche, nicht selten kostenaufwendige Überschneidungen zur Folge haben. Es ist an der Zeit, diese unbefriedigende Situation zu beseitigen, einer effektiveren Sportförderung den Weg zu bahnen und damit letztlich einen wesentlichen Beitrag für die weitere organisatorische und gesellschaftspolitische Aufwertung des Sports zu leisten.

Dabei soll nicht einer Zusammenfassung des Sports in einem Ressort das Wort geredet werden. Einer solchen Regelung stünde entgegen, daß einzelne Sportförderungszuständigkeiten sinnvollerweise nicht aus dem Aufgabengesamtzusammenhang der in Betracht kommenden Ressorts (z.B. Bundesminister der Verteidigung, Bundesminister für Verkehr, Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen) herausgelöst werden können.

Eine entscheidende Verringerung der sportfördernden Ressorts mit dem Ziel, durch Konzentration und Rationalisierung eine wirksamere Form der künftigen Sportförderung zu finden, ist jedoch möglich und dringend geboten. Dies würde nicht zuletzt den Sportorganisationen zugute kommen und damit zugleich der Verfestigung des partnerschaftlichen Verhältnisses zwischen Sport und Staat dienen.

(-/23.11.1976/va/pt/ee)

+ + +

Ein Bärendienst für die Alten  
-----

Negativfolgen der CDU/CSU-Ablehnung der Wehrpflichtgesetzänderung

Von Günter Zabel MdL

Sozialpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Hessen

Mit der Ablehnung des Gesetzes zur Änderung des Wehrpflichtgesetzes und des Zivildienstgesetzes im Bundesrat haben CDU/CSU den Alten, Schwachen und Behinderten in unserer Gesellschaft einen Bärendienst erwiesen. Das geht jetzt eindeutig aus einer Antwort der hessischen Landesregierung auf eine Initiative der hessischen SPD-Landtagsfraktion hervor.

Die Fraktionen mit dem "C" in ihrem Namen verursachten mit ihrem Einspruch im Bundesrat nämlich, daß in den sozialen Diensten die bisher schon vorhandenen Plätze - in Hessen sind es 4.177 - nur etwa zur Hälfte besetzt werden können und an eine durchaus wünschenswerte Ausweitung gar nicht gedacht werden kann. Im Gegenteil. Falls die Abschaffung des zurzeit schon bis zu einem Jahr dauernden Prüfungsverfahrens zur Anerkennung der Kriegsdienstverweigerer nicht schnell erreicht werden kann, dann steht bei den zu erwartenden geburtenstarken Jahrgängen sogar zu befürchten, daß Modellversuche, wie beispielsweise das in Frankfurt/Main durchgeführte Modell "Essen auf Rädern", ernsthaft gefährdet sind. Denn viele andere Einrichtungen, die schon heute ohne Zivildienstleistende ihre Aufgabe nicht mehr erfüllen können, müssen dann ganz geschlossen werden.

Die jungen Männer, die sich gegen den Dienst mit der Waffe und für den Dienst am Nächsten entschieden haben, erfüllen eine Aufgabe, deren Bedeutung gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Sie sind alles andere als Drückeberger, denn sie leisten einen Dienst, der sonst nur mit ungeheurem finanziellem Aufwand erbracht werden könnte. Bei den von ihnen betreuten Personen sind die Zivildienstleistenden angesehen, und sie haben sich in den Einrichtungen, in denen sie tätig sind, als "engagierte und zuverlässige Mitarbeiter" erwiesen, wie die hessische Landesregierung feststellen konnte.

Wenn jetzt erneut versucht wird, die Gewissensprüfung für Kriegsdienstverweigerer abzuschaffen, dann sollten sich insbesondere Politiker der Parteien, die das Wort "christlich" in ihrem Parteinamen tragen, mit diesem Bericht und den darin getroffenen Feststellungen sehr genau beschäftigen. Denn sie finden darin zwischen den Zeilen auch eine Aussage über das, was "Dienst am Nächsten" in der Praxis bedeutet. Das ist es, was der Zivildienst heute abseits aller ideologischer Verrückungen heute darstellt. Auch wird ja durch den Zivildienst und die Chance, möglichst viele Kriegsdienstverweigerer in den sozialen Dienst einzusetzen, ein großer Schritt zu mehr Wehrgerechtigkeit geleistet.

Beide Aspekte, der der Wehrgerechtigkeit und der des großen Nutzens für die Alten und Schwachen, sollten Gründe genug sein, um die Änderungen des Wehrpflicht- und Zivildienstgesetzes so schnell wie möglich durchzuführen.  
(-/23.11.1976/bgy/pr)

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Strauß im CSU-Urteil: "Schäbig und perfide"

Aus Protest gegen den Strauß/Zimmermann-Coup der Aufkündigung der CDU/CSU-Fraktionsgemeinschaft im Bundestag hat als einer der ersten CSU-Politiker der stellv. Vorsitzende der CSU-Stadtratsfraktion in Erlangen, Claus Uhl, seinen Austritt aus der CSU erklärt. Wir geben seinen an den CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß gerichteten Austrittsbrief im vollen Wortlaut wieder:

"Ich bin mir der Bedeutung dieser Entscheidung bewußt, um so mehr, als ich seit nunmehr 18 Jahren aktiv in dieser Partei mitgearbeitet habe. Ich fühle mich nicht mehr in der Lage, den permanenten Abbau demokratischer Grundsätze in der CSU gegenüber Bürgern und Wählern dieser Partei mit meinem Namen zu vertreten.

Seit Jahren beobachte ich, daß der politische Willensbildungsprozeß in der CSU nicht mehr von unten nach oben, wie es der Artikel 21 des Grundgesetzes will, sondern unter scheindemokratischen Formen in umgekehrter Richtung verläuft. So wurde in Wildbad Kreuth der Wille eines einzelnen Mannes - Ihr Wille - von einer verschwindenden Mehrheit blind ergebener Untertanen vollzogen.

Vor vier Jahren haben Sie schon versucht, die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU zu lösen, mußten sich damals jedoch dem Druck der Basis beugen. Diesmal haben Sie mit einem Coup versucht, die Kritik der Basis abzuwürgen. Sie haben sich dabei, um die Geheimhaltung Ihrer Pläne zu sichern, von Polizei abschirmen lassen, haben also eine staatliche Institution für Ihre privaten Ziele mißbraucht.

Durch ein Verhalten wie das Ihre hier, machen Sie aus einer demokratischen Partei eine Funktionärspartei, in der die Basis jede politische Schwenkung der Führung ungefragt nachzuvollziehen hat. Rückgratloses



Funktionieren im Dienste der Partei ist aber ein Kennzeichen totalitärer Parteien.

Schon die Strategie, die Sie in Ihrer Sonthofener Rede der Basis aufgezwungen haben, entlarvt Ihre Politik als undemokratisch: Wenn Sie an die Stelle des Kompromisses, des Kennzeichens demokratischer Politik und konstruktiver Opposition die bedingungslose Konfrontation setzten, verwirken Sie das Recht, als Vertreter für das Allgemeinwohl zu gelten.

Geradezu abstoßend sind die menschlichen Unsauberkeiten, ohne die Sie offenbar nicht mehr in der Lage sind, Ihre Politik durchzusetzen: Ihre Affäre Heubl ist noch nicht zu den Akten gelegt. Den schäbigen Stil hier haben Sie aber noch zu Überbieten verstanden, indem Sie unseren Kanzlerkandidaten Helmut Kohl erst unter Vorspiegelung weitestgehender Einigung zur Übernahme der Oppositionsführung bewegt haben und es jetzt nicht für nötig halten, Kohl nach Ihrem Kreuth-Coup sofort persönlich zu unterrichten, geschweige denn ihn darauf vorzubereiten.

Diese Perfidie haben Sie schließlich gekrönt mit Ihrer Stellungnahme vor den Fernsehkameras, indem Sie mit dem Hinweis, daß Sie weder Landesgruppenvorsitzender seien, noch den Antrag gestellt hätten, den plumpen Versuch unternommen haben, Ihre persönliche Verantwortung abzuwälzen. Wie sehr verachten Sie eigentlich die Wähler und Mitglieder der Unionsparteien?

Mir bleibt die Hoffnung, daß sich möglichst viele Gleichgesinnte finden werden, die Ziele der Union - frei von Ihrem politischen Stil - in einer CDU Bayern zu vertreten." (-/23.11.1976/va/pr/ee)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller